



Charta von Tunis

Verabschiedet auf dem Weltsozialforum in Tunis am 29.03.2013
Forum gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte

Als Bürgerinnen und Bürger, Vereinigungen und Bewegungen im Widerstand gegen die aufgezwungenen unnützen Großprojekte(*)

stellen wir fest

- Diese Projekte sind für die betroffenen Gebiete ein ökologisches, sozioökonomisches und menschliches Desaster: Zerstörung naturbelassener Zonen, von Ackerland und bebauten Flächen, Umweltschäden und -zerstörung mit negativen Folgen für die Bewohner.
- Die Bevölkerung wird bei diesen Projekten von den wichtigen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, und ihr ist auch der Zugang zu den Medien versperrt.
- Angesichts der tiefen sozialen Diskrepanzen, die diese Projekte hervorrufen, handeln Regierungen und Verwaltungen mit undurchsichtigen Mitteln und behandeln die Argumente und Vorschläge der Bürger mit Verachtung.
- Die offizielle Rechtfertigung für den Aufbau dieser neuen Infrastrukturen und Anlagen beruht systematisch auf falschen Hypothesen über die Kosten und Nutzen und die Schaffung von Arbeitsplätzen.
- Die erzwungene Priorität der Großanlagen geht auf Kosten des lokalen Bedarfs.
- Diese Projekte unterliegen einer Logik der übersteigerten territorialen Konkurrenz und bringen eine Flucht nach vorn mit sich: „immer größer, immer schneller, immer teurer, immer stärker zentralisiert“.
- Das liberale ökonomische System, das die Welt dominiert, ist in einer tiefen Krise. Die unnützen Großprojekte sind eines der Instrumente, überhöhte Profite für die zivilen und

militärischen Industrie- und Finanzkonzerne zu garantieren, die sonst nicht mehr in der Lage sind, auf globalen saturierten Märkten hohe Profitraten zu erzielen.

- Der Aufbau dieser unnützen Projekte, die stets zulasten der öffentlichen Haushalte gehen, bringt enorme Schulden, ohne wirtschaftlichen Aufschwung, führt jeweils zur Konzentrierung des Reichtums und zur Verarmung der Gesellschaft.
- Diese Großprojekte, mit denen das Raubtierkapital seine Herrschaft auf der Welt vergrößern kann, beeinträchtigen zugleich unumkehrbar die Umwelt und das Wohlergehen der Völker.
- Dieselben Mechanismen, die seit dem Ende der direkten Kolonialisierung die ärmsten Länder in die Verschuldung treiben, werden jetzt auch in den Ländern des Westens angewandt.

Wir wenden uns

- gegen die Logik der Konzentration nach geografischer Lage und Funktionalität, die eine faire lokale Entwicklung nicht erlaubt, und gegen die Mechanismen, die das Überleben der kleinen und mittleren Unternehmen und des lokalen Wirtschaftssystems bedrohen,
- gegen überdimensionierte Anlagen zur Produktion nicht erneuerbarer Energie und gegen den Bau gigantischer Staudämme, deren Techniken eine starke Verschmutzung des Bodens, des Wassers, des Meeresgrundes und das Verschwinden ganzer Gebiete mit sich bringen, und die das Überleben der zukünftigen Generationen gefährden,
- gegen die Finanzierungsmodelle für diese Großprojekte, die den multinationalen Großbetrieben unvorstellbare Profite verschaffen, die durch den Einsatz öffentlicher Gelder mit den dazu passenden skandalösen finanzjuristischen Ausführungen garantiert werden, zum Nutzen von Unternehmen, deren Lobby-Aktionen in die politischen Entscheidungen eingreifen oder sogar Sondermaßnahmen zur Beseitigung aller juristischen Zwänge erwirken,
- gegen die Unterstützung dieser Projekte durch die verschiedenen Ebenen lokaler, nationaler und supranationaler politischer Strukturen und durch die globalisierten Finanzinstitutionen, die sich damit gegen die Rechte, die Bedürfnisse und den Willen der Völker stellen,
- gegen die Militarisierung der Gebiete und die Kriminalisierung der Opposition.

Wir sprechen uns aus für folgende Lösungswege

- für den Erhalt und die Verbesserung der bestehenden Infrastrukturen, die im Hinblick auf Umwelt und Kosten meistens die bessere Alternative darstellen - der Bau neuer Infrastrukturen muss von öffentlichem Nutzen und darf nicht profitorientiert sein;
- für eine tiefgreifende Veränderung des Wirtschafts- und Sozialmodells, das heute in einer tiefen Krise steckt, indem wir insbesondere der Lokalisierung und Wiederansiedelung der Wirtschaft vor Ort, dem Schutz der Agrarflächen, dem sparsamen Umgang mit Energie und dem Übergang zu dezentral vertriebenen, erneuerbaren Energien den Vorrang geben;

- für die Übertragung des Entscheidungsprozesses in letzter Instanz an die direkt betroffene Bevölkerung mittels entsprechender Gesetzesvorlagen, als Grundlage einer authentischen Demokratie und lokalen Autonomie gegenüber einem aufgezwungenen Entwicklungsmodell;

- für neue Beziehungen zwischen den Völkern des Südens und des Nordens, die auf Solidarität beruhen und die mit der Logik des Herrschaftsdenkens und des Imperialismus endgültig brechen;

Wir betonen unsere Solidarität im Kampf gegen alle unnützen und aufgezwungenen Großprojekte und unseren gemeinsamen Willen, uns die Welt wieder zu eigen zu machen.

(*) Diese Erklärung wurde von Vereinigungen und Bewegungen verfasst, die gegen den Bau großer Infrastrukturprojekte (für Personen- und Warentransport, Energieproduktion) oder von Großanlagen (für Tourismus, Städtebau, Militäranlagen) kämpfen und heute auf dem WSF von Tunis versammelt sind, um ihre Kräfte zu vereinen und ihrer Stimme mehr Gehör zu verschaffen, denn die Problematik ist überall die gleiche.

Vom 25. - 29. Juli 2013 findet das dritte europäische Forum in Stuttgart in den Wagenhallen statt.

info@drittes-europaeisches-forum.de

www.drittes-europaeisches-forum.de

www.facebook.com/3europForum